

»Studierende, die arbeiten müssen, sind gefährdet«

Studierendenvertretungen gehen Änderungen beim BAföG nicht weit genug. **Gespräch mit Daniel Gaittet**

Am Donnerstag hat der Bundestag das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) geändert. Die Bundesregierung feiert dies als großen Erfolg auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Warum sind Sie weniger begeistert?

Klar, mit dem Reförmchen ist es besser als ohne. Aber es ist nur ein Pflaster auf der Wunde, die die Politik in den vergangenen Jahren aufgerissen hat. Mit der Lebensrealität der Studierenden hat das nichts zu tun. Ein Beispiel: Nach dem neuen Gesetz soll die Wohnpauschale auf 250 Euro erhöht werden. Nach Erhebungen des Deutschen Studierendenwerks ist aber bekannt, dass Studierende durchschnittlich 298 Euro Miete monatlich zahlen. Auch die als Errungenschaft gefeierte Anhebung der Bedarfssätze um sieben Prozent wird durch gestiegene Lebenshaltungskosten aufgeessen. Der BAföG-Höchstsatz wird nur von 670 Euro auf 735 Euro angehoben. All dies soll außerdem erst 2016 umgesetzt werden. Bis dahin ist die vermeintliche Erhöhung de facto eine Kürzung.

Wie können Studierende derzeit mit dem BAföG über die Runden kommen?

Die meisten Studierenden müssen nebenher jobben und können sich demzufolge weniger auf ihr Studium konzentrieren. Ob Studierende mit der Mietzahlung auskommen, hängt damit zusammen, wo sie wohnen. In München sind die Wohnkosten beispielsweise höher als in Frankfurt an der Oder. Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, die Höhe der Mietpauschale an den Wohnort zu koppeln. Solche Überlegungen sind leider bei den politischen Entscheidungen außen vor geblieben.



Daniel Gaittet ist Vorstandsmitglied des »Freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften« (fzs), dem bundesweiten Dachverband von Studierendenvertretungen

Hatten studentische Organisationen überhaupt ein Mitspracherecht vor der Verabschiedung des Gesetzes?

Der Gesetzentwurf kam überraschend; im Vorfeld wurden wir nicht einbezogen. Nach der ersten Lesung durften wir uns im zuständigen Ausschuss im Bundestag äußern. Dort haben wir Vorschläge gemacht, die keine großen Kosten verursacht hätten, aber trotzdem für Studierende eine Verbesserung darstellen, zum Beispiel die Abschaffung sämtlicher Leistungsnachweise. Durch einen erheblichen bürokratischen Aufwand verursacht dies sogar Kosten. Doch damit konnten wir uns nicht durchsetzen.

Worum geht es dabei?

Um die Förderung zu erhalten, muss ein gewisser Studienfortschritt nachgewiesen werden. Wenn das nicht passiert, können Studierende ihren Anspruch auf Förderung verlieren. Gerade jene, die nebenher arbeiten müssen, sind somit gefährdet. Der Verlust der Förderung ist für viele ein großes Problem und oft mit Existenzangst verbunden.

Hatten sich die Studierenden im Vorfeld genügend für ihre eigenen

Interessen eingesetzt?

Der fzs hatte sich stark gemacht, ebenso wie gewerkschaftliche Gruppen. Die große Koalition hat sich aber zwei Ziele gesetzt: Eine schwarze Null im Haushalt und keine Steuererhöhungen. Die Reform des BAföG durfte also kaum etwas kosten. Warum jedoch selbst jene Vorschläge zu Verbesserungsmöglichkeiten abgeschmettert wurden, die nichts oder wenig kosten, ist mir ein Rätsel.

Für Sie ist das Thema noch nicht vom Tisch?

Wir wollen uns in den nächsten Jahren Gedanken machen, was geändert werden muss. Vorrangig ist unsere Forderung, BAföG altersunabhängig zu zahlen. Selbst konservative Parteien schreiben sich inzwischen das Ziel des lebenslangen Lernens auf die Fahne. Wenn sie dies fördern wollen, müssen sie aber auch die Bedingungen dafür schaffen. Außerdem muss das BAföG unabhängig von der Herkunft ausgezahlt werden. Es darf für Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, keine Sondergesetze geben.

Des Weiteren fordern wir, dass das BAföG unabhängig vom Einkommen der Eltern wird. Diese knüpfen an ihre Unterstützung oft Bedingungen nach dem Motto: »Du sollst nicht Theaterwissenschaft studieren, sondern lieber Betriebswirtschaftslehre.« Menschen sollten ihren Lebensweg unabhängig planen können. Und es ist als Vollzuschuss auszuzahlen – nicht wie derzeit zur Hälfte als Darlehen. Denn Angst vor Verschuldung ist eines der wichtigsten Kriterien, warum sich Menschen gegen ein Studium entscheiden. Als die Studienförderung 1971 unter der Regierung Willy Brandts eingeführt wurde, war sie als Vollzuschuss konzipiert.

Interview: Gitta Düperthal